

**An die  
Mitglieder der  
Frankfurter Stadtverordnetenversammlung**

**Planänderungsverfahren A 66 Tunnel Riederwald und Autobahndreieck  
Erlenbruch A 66/ A 661**

**Legt die Stadt Frankfurt am Main fristgerecht Einwendung ein?**

Sehr geehrte Damen und Herren,

am 1. Februar 2018 haben Vertreter der im Aktionsbündnis Unmenschliche Autobahn zusammengeschlossenen Bürgerinitiativen und betroffene Bürgerinnen und Bürger über 1.300 Unterschriften dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Frankfurt am Main bzw. stellvertretend dem Verkehrsdezernenten Klaus Oesterling übergeben.

Bedauerlicherweise war von Seiten der Stadtverordnetenversammlung kein offizieller Vertreter zu gegen.

In diesem Zusammenhang verweisen wir nochmals auf unsere Mails vom 18. Januar (siehe unten) sowie 19. Februar 2018.

Die Bürgerinitiativen und die betroffene Bevölkerung im Frankfurter Osten wollen berechtigter Weise endlich wissen, ob die Stadt Frankfurt in dem laufenden Planänderungsverfahren A 66 Tunnel Riederwald und Autobahndreieck Erlenbruch A 66/ A 661 - wie auch im Koalitionspapier der regierenden Parteien von CDU, SPD und Grünen in Frankfurt vereinbart - fristgerecht Einwendung erhebt, um sich auf diese Weise ein mögliches Klagerecht zu erhalten, um für einen besseren Schutz entlang der Autobahnen A 66 und A 661 im Frankfurter Osten zu sorgen.

Bisher ist in dieser Hinsicht nichts öffentlich zu vernehmen. Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Anrecht darauf zu erfahren, wie sich ihre Kommune in dieser Angelegenheit verhalten wird.

Die Bürgerinitiativen und die betroffene Bevölkerung möchten außerdem erfahren, wie die Zuständigkeiten hinsichtlich der Stellungnahmen der Stadt Frankfurt in diesem Planänderungsverfahren verteilt sind und wer die Federführung dabei hat.

Insbesondere halten wir in diesem Zusammenhang die Tatsache, dass wie bereits mehrmals bei diesem Projekt geschehen, Planänderungsverfahren mit Beteiligung der Stadt Frankfurt unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführt werden und auch nicht öffentlich bekannt gemacht werden für nicht hinnehmbar und unerträglich. So wurde schon über das Planänderungsverfahren für die Verschiebung des Tunnels noch über den entsprechenden Beschluss im August 2011 nicht öffentlich informiert. Von einer Beteiligung der Öffentlichkeit ganz zu schweigen.

Dass die Stadt Frankfurt sich nun abermals an dem Planänderungsverfahren für die Genehmigung des vorgezogenen Baus der Leitungsbrücken und weiterer Kanalbauarbeiten beteiligt und dem im Februar 2017 erfolgten Beschluss zugestimmt hat, ohne den zuständigen Ortsbeirat 11 und die Stadtverordnetenversammlung sowie die von diesen Großbaustellen betroffene Bevölkerung über das Verfahren und die Haltung der Stadt zu informieren, halten die Bürgerinitiativen schlichtweg für einen einzigen Skandal und darf sich in Zukunft nicht mehr wiederholen. Von der Notwendigkeit einer Beteiligung der Öffentlichkeit in einem öffentlichen Verfahren aufgrund der großen Konfliktlage im Zusammenhang mit dem Bau und den damit verbundenen extremen Baulärm- und Schadstoffemissionen im Riederwald und Fechenheim ganz abgesehen! Wie ist dieses Vorgehen zu vertreten?

Da bereits am nächsten Dienstag, den 20. März 2018 um 24:00 Uhr die Einwendungsfrist im Anhörungsverfahren A 66 Tunnel Riederwald und Autobahndreieck Erlenbruch A 66/ A 661 abläuft, erwarten wir von Ihnen als gewählte Abgeordnete des Stadtparlaments einerseits wie auch seitens der Stadt Frankfurt andererseits kurzfristig und noch rechtzeitig eine öffentliche Bekanntgabe des Vorgehens der Stadt Frankfurt und eine Antwort seitens Ihrer Fraktionen auf die in diesem Schreiben gestellten Fragen.

Mit freundlichen Grüßen

Friedhelm Ardelt-Theeck (Bürgervereinigung Nordend e.V.)

Sprecher des Aktionsbündnis Unmenschliche Autobahn

06109-36751

Mobil: 0151-16559854